

Gegen die Selbstaflösung der Swisscom durch ihren Besitzer, für eine offensive Praktik eines modernen Öffentlichen Dienstes

«Guets Chueli, gisch gueti Milch.» So sieht der Bundesrat die Swisscom. Als Milchkuh. Jahr um Jahr wird sie kräftig gemolken. Und nebenbei soll sie auch noch Milliarden in die Infrastrukturen der Zukunft investieren und sie soll ihren Unternehmenswert halten, besser noch: steigern. Das verlangt die grösste Aktionärin, die Eidgenossenschaft. Man will also – um beim Vergleich mit der Schweizer Milchwirtschaft zu bleiben – gleich doppelt absahnen.

Deshalb verschärft Swisscom ihr Sparprogramm noch einmal. Deshalb sollen weitere 700 Stellen gestrichen werden. Man bolzt auf dem Buckel der Beschäftigten Rendite. Weil der Bund es so befiehlt.

Selbstverständlich soll sich auch ein Unternehmen des Service public um Wirtschaftlichkeit bemühen. Ja, es muss mittel- und langfristig stabile Gewinne erzielen. Aber nicht um jeden Preis. Gewinn und Dienst an der Allgemeinheit schliessen sich nicht automatisch aus. Den Swisscom-Mitarbeitenden muss man das nicht sagen. Sie kümmern sich täglich darum, mit viel Einsatz. Sie engagieren sich für ihr Unternehmen.

Was der Bund und das Management treiben, ist keine wirtschaftliche Strategie, sondern das Symptom einer Krankheit. Diese grassiert seit gut drei Jahrzehnten auch in der Schweiz. Und sie lässt reihenweise gestandene Politiker erblinden. Egal, ob wir diese Krankheit akute BWL-Demenz oder Neoliberalismus nennen, die Diagnose ist klar: *Ohne Not zerstört sich hier ein wichtiger Service public langsam selbst.*

Denn dieser jährliche Aderlass, die Sparprogramme, der Stellenabbau, die Auslagerungen und die Rentabilitätsbolzerei sind nichts anders als eine perfide Form der Privatisierung des Service Public. Perfide ist sie, weil sie tagtäglich vor unseren Augen stattfindet, ihren Namen aber nicht nennt.

Ich frage mich, ob die Schweizerinnen und Schweizer, die KMU und die Grossunternehmungen, die teuer für die zuverlässigen Dienste unseres Unternehmens bezahlen, wirklich wissen, was man ihnen Scheibe um Scheibe wegnimmt. Denn jeder Franken der als Dividende das Unternehmen verlässt, wird faktisch direkt dem Service public entzogen. Dieses scheinbarweise Aushöhlen des Service public findet übrigens nicht nur bei der Swisscom, sondern auch bei der Post und den SBB statt.

Ich darf noch kurz etwas zur Ökonomie sagen, auch wenn das nicht der Kern meines Anliegen ist. Entnimmt der Bundesrat der Swisscom Geld, ist das nett für ihn. Aber es ist Wirtschaft von gestern. Was heute ein Unternehmen für Investoren

attraktiv macht, ist weniger die Höhe der Dividende, als der Wert des Unternehmens. Erwähnt sei als Beispiel das Unternehmen Apple Inc. Jahrelang zahlte Apple keinen Cent an Dividende aus. Die Anleger profitierten alleine durch die exorbitante Steigerung des Unternehmenswertes. Und wir wissen alle, wo heute Apple steht. Lieber Bundesrat. Den Wert steigert man also durch Investition und Leistung, nicht durch die jährliche Entnahme von 600 Millionen Franken.

Sehen Sie, sehr geehrte Damen und Herren, hier geht es nicht um Ideologie oder Privilegien oder allein um die zerstörten Stellen. Es geht um mehr: Der Service public ist in einer Gesellschaft wie der Schweiz ein hohes Gut und essentiell für uns alle. Er hat den schweizer Wohlstand erst geschaffen. Er ermöglicht es uns, auch für KMU eine stabile Basis für ihr Geschäften zu legen. Das haben viele wegen BWL-Demenz leider vergessen, auch viele von denen, die das Wort Service public ständig im Mund führen. Denn der Service public ist Gemeingut, Gemeinbesitz, wie etwa die Sozialversicherungen. Dem Service public, dem Gemeinbesitz liegt eine alte Idee zu Grunde. Diese Idee heisst Zugang. Eine demokratische Gesellschaft funktioniert nur, wenn möglichst alle, und nicht nur die schmale Schicht der Besitzenden, Zugang zu Sicherheit, Gesundheitsversorgung, Bildung und all den anderen Dingen haben, die der wirtschaftlichen und der persönlichen Entfaltung dienen. Die reichen Leute brauchen keinen Service public. Die breite Bevölkerung aber schon. Und wie vorhin bereits erwähnt, braucht ihn auch eine stark auf KMU gebaute Wirtschaft.

Zugang ist das entscheidende Wort. Heute mehr denn je. In der digitalen Transformation entscheidet Zugang zu manchen digitalen Diensten über das Schicksal von KMU, aber auch über die Chancen und Möglichkeiten der Einzelnen. Eine digital gespaltene Gesellschaft verliert erst den Zusammenhalt, dann die Demokratie.

Was sollte Swisscom mit den über 1000 Millionen Franken, die sie heute an ihre Aktionäre ausschütten will, besser tun?

Sie sollte eine nachhaltige Digitalisierungs-Strategie bauen. Das erschöpft sich nicht in Breitband und 5G. Entscheidend ist, dass auf diesen Daten-Autobahnen Dienste für die Auswertung dieser Daten angeboten werden, die sich ein Grosskonzern selber herstellen kann, aber eine KMU oder ein Einzelner eben nicht. Wir brauchen also dringend eine Vision von einem digitalen Service public. Der übrigens auch ein umfassendes Management digitaler Risiken einschliesst. Die zentrale Ressource sind dabei nicht Technik und Kapital, sondern die Mitarbeitenden.

Kurz gesagt: Für einen starken Service public von Swisscom müssen sowohl das Kapital, wie auch die Mitarbeitenden im Unternehmen verbleiben. Das steigert den Unternehmenswert nachhaltig, für uns alle, auch für Sie!

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit